



## **FRAGE**

---

**Der dramatische Anstieg der Renditen griechischer Staatsanleihen signalisiert einen galoppierenden Vertrauensverlust in die Sanierungsfähigkeit des griechischen Haushalts.**

**Wird Griechenland ohne die Finanzhilfe der größten EU-Mitglieder auskommen können?**

**Dr. Holger Schmieding** Chefvolkswirt, Bank of America:

Eine Lösung für Griechenland wird die Währungsunion stärken. Die Peripherie wandelt sich und kehrt zu einer soliden Haushaltspolitik zurück.

**Dr. Manfred Schwaren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Streiks der Beschäftigten zeigt die große Brisanz von Reformen. Diese können erst langsam durchgesetzt werden. Bis dahin ist wohl noch etwas Hilfe erforderlich, bis die Finanzmärkte wieder Vertrauen finden.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Griechenland wird weitere Anleihen nur sehr schwer platzieren koennen. Platzt die USD-Anleihe, wird dies einem Erdbeben gleichen.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das Land befindet sich in einer selbst verursachten Abwärtsspirale aus Verschlechterung der Budgetdaten, verspäteter Konsolidierungsmaßnahmen, Zinsanstieg und Rezession. Es ist kaum vorstellbar, wie das Land noch eigenständig aus dieser Lage herausfinden kann.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Es gelingt offenbar nicht, die Märkte von der Konsolidierung zu überzeugen. Daher muss Griechenland zu hohe Zinsen zahlen. Ohne externe Hilfe wird es dem Land kaum gelingen, aus der Schulden- und Zinslastfalle herauszukommen.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

IWF-Hilfen bedeuten de facto auch EU-Hilfen

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Staatsverschuldung merklich zu begrenzen. Hinzu kommt, dass durch die hohen Renditen, die Griechenland bei der Neuaufnahme von Kapital bieten muss, zu einer erheblichen Belastung in der Zukunft führt.



**Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos** Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Trotz des Beschlusses der Eurozone-Länder, Griechenland finanziell zu helfen, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte, reagieren die Kapitalmärkte darauf nicht mit der erhofften Zinssatzsenkung für griechische Kredite. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Kapitalmärkte nicht überzeugt sind, dass die angekündigten griechischen kurz- und langfristigen Sanierungs- und Strukturverbesserungsmaßnahmen einmal ausreichend sind und zum anderen tatsächlich auch umgesetzt werden. Dies wird für die Kapitalmärkte aus den Tatsachen sichtbar, dass es zurzeit keine Anzeichen gibt, dass in absehbarer Zeit die steigende Tendenz der griechischen Schuldenquote gestoppt wird. Insofern werden die Zinssätze für die griechischen Kredite hoch bleiben, wenn nicht sogar weiter steigen. Griechenland hat dann keine andere Wahl, wenn das Land die Zahlungsunfähigkeit vermeiden will, als die beschlossenen EU-Hilfen in Anspruch zu nehmen.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Wenn, und nur wenn, das Land es will, die Bevölkerung bereit ist, nicht mehr über ihre Verhältnisse zu leben, und die Regierung die Kraft aufbringt, den Staatshaushalt zu konsolidieren - in erster Linie durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Ein ambitioniertes Wenn. Ansonsten möge Griechenland sich an den IWF um Hilfe wenden, unter Inkaufnahme der dann zu erwartenden strengen Bedingungen. Der deutsche Steuerzahler hat nicht den geringsten Einfluss auf die Haushaltspolitik der bisherigen griechischen Regierungen gehabt, als dass er jetzt ins Obligo genommen werden dürfte. Es wäre auch schlicht unfair, dass wir für die vielseitigen offiziellen Manipulationen der Statistiken durch die griechischen Behörden, schon geschehen zwecks Aufnahme in das Euroland 2001, heute in Mithaft genommen würden. Nur "nebenbei" bemerkt: Der EU-Vertrag verbietet den anderen Regierungen und der EZB, finanzielle Hilfen zu gewähren.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Bei den Kreditkosten und dem Haushaltsdefizit wird man die Finanzlücke nicht schließen können.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Frühere Schuldenkrisen, etwa in Lateinamerika, sind auch ohne EU-Hilfe bewältigt worden. Notfalls muss Griechenland wieder die Drachme einführen.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Die empirische Evidenz zeigt es ja. Zudem: Griechenlands ökonomische, politische und gesellschaftliche institutionelle Infrastruktur benötigt einen grundlegenden mittel- bis längerfristigen Renovierungsprozess.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Ankündigung möglicher Hilfen und des dafür vorgesehenen finanziellen Rahmens wird ausreichen, die Kreditwürdigkeit Griechenlands zu gewährleisten.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Zwei Bedingungen müssen allerdings erfüllt sein. Erstens muss die griechische Regierung die angekündigten Sparmaßnahmen mit aller Härte durchsetzen. Zweitens müssen die anderen EU-Staaten signalisieren, dass sie stets bereit stehen zu helfen und spekulative Exzesse bekämpfen.



**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ganz einfach: weil das eigene Geld nicht reicht.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Nur so können Reformen durchgeführt werden, die nachhaltig sind.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Hilfe ist gewährt, also wird sie auch in Anspruch genommen werden.

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Es wird aber sehr wahrscheinlich nichts helfen! Die Fundamentalstruktur der griechischen Wirtschaft macht es sehr unwahrscheinlich, kurzfristig - und das ist das, was letztlich die Hilfe erwartet - der Krise zu entkommen.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Wenn eine drohende Umschuldung ausgeschlossen werden soll, müssen dem Land und den Märkten verlässliche Finanzhilfen in Aussicht gestellt werden.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Nachdem Hilfe zugesagt worden ist, wird Griechenland sich so verhalten, dass es ohne Hilfe nicht auskommt.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Griechenland muss in nächster Zeit 22 Mrd. Euro an Krediten refinanzieren. Sollte Griechenland Unterstützung vom IWF erhalten, beläuft sich diese nur auf einen Anteil hiervon, wobei diese Hilfen gestaffelt ausgezahlt würden. Insofern werden die großen Länder der Eurozone wohl nicht umhin kommen, Griechenland finanziell zur Seite zu stehen. Wenn es zutreffen würde, dass Griechenland nicht unterstützt werden muss, weil es sich selber durch sein aktuelles Austeritätsprogramm retten könnte, dann würde man beobachten können, dass die deutsche Regierung hochverzinsliche griechische Anleihen kaufen würde und die Mittel hierfür durch niedriger verzinsliche Bundesanleihen aufnehmen würde. Genau dies beobachtet man aber nicht. Insofern sind Aussagen, die Griechenland auf sich selbst verweisen, nicht immer glaubwürdig und daher problematisch.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Es wird jetzt schon offensichtlich, dass ohne diese Hilfe die Refinanzierung auslaufender Kredite nicht gelingt.

**Prof. Dr. Klaus Conrad** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Mikroökonomik, Universität Mannheim:

Es dauert viel zu lange, bis ein Umdenken wirkt. Griechenland braucht die Milliarden ja jetzt und wer hat schon Vertrauen, dass sich in Griechenland bald was ändern wird.



**FRAGE**

---

**Befürchten Sie mit Blick auf die Entwicklung in Griechenland dauerhaft eine Gefahr für die Währungsunion?**

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Dafür ist Griechenland in der Wirtschaftsleistung zu unbedeutend.

**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Finanzmärkte reagieren sehr schnell und sehr heftig. Ein Flächenbrand kann von den großen EU-Ländern nicht gelöscht werden ohne sich selber zu gefährden. Sollten also noch andere Länder das Vertrauen der Märkte verlieren, ist die Währungsunion in Gefahr.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Weitere bekannte Kandidaten werden folgen.

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Auch in anderen Währungsunionen (USA) haben Finanzprobleme einzelner Mitglieder nicht die gemeinsame Währung destabilisiert. Im Gegenteil: Finanzhilfen für Griechenland wären der Anfang vom Ende des Euro, weil es danach für die Staatsverschuldung keine Grenzen mehr geben wird.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Es ist eine gefährliche Entwicklung, wenn ein Land in die Nähe der Zahlungsunfähigkeit gerät und die anderen Hilfestellung geben müssen. Es besteht weniger die Gefahr, dass es mit Griechenland schon zu einem großen Knall käme. Das Problem ist der Präzedenzfall Gemeinschaftshilfen, der die Schuldenmoral in der Währungsunion weiter untergraben würde. Die auf dem EU-Ratsgipfel in Aussicht gestellte Lösung - bilaterale Kredite zu marktorientierten Konditionen plus IWF-Kredite - ist allerdings klug: Es scheint sichergestellt, dass diese Hilfen Griechenland zwar absichern, nicht aber zum "Ruhekissen" werden.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Das Griechenlandproblem muss nun zunächst einmal auf unkonventionelle Weise, z.B. durch Einbeziehung des IWF, gelöst werden. Längerfristig weist es aber auf massive Konstruktionsfehler der Währungsunion hin, die eher eine Vertiefung der europäischen Integration als ein Auseinanderbrechen der EWU zur Folge haben dürften, auch wenn das zunächst paradox klingt. Europa hat sich schon oft in Krisensituationen weiterentwickelt, das dürfte auch diesmal so sein.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ausscheiden aus Währungsunion sollte für undisziplinierte Staaten erwogen werden.



**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Es wird ähnliche, wenn auch nicht so drastische Fälle geben, da die dominierenden Volkswirtschaften für Ungleichgewichte in den "Peripherien" sorgen. Myrdals Kontereffekte lassen grüßen.

**Prof. Dr. Siegfried Hauser** Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Griechenland ist zu klein.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Griechenland ist zu klein.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die Entwicklung in Griechenland trägt dazu bei, dass der Euro unter Druck bleibt. Dies ist aus konjunktureller Sicht jedoch als positiv zu werten, weil der Euro trotz der Abwertung in diesem Jahr um knapp 10% nach wie vor überbewertet ist. Dadurch verbessern sich zudem die Chancen für Unternehmen, die in der Eurozone produzieren.

**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die griechische Volkswirtschaft ist zu klein, als dass die Währungsunion dadurch nachhaltig gefährdet würde.

**Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos** Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Die Frage enthält implizit zwei Vermutungen: Erstens, dass möglicherweise Spanien, Italien, Portugal etc. der griechischen Entwicklung folgen werden, und zweitens, dass Staatsverschuldungen generell eine Währung gefährden. Selbst, wenn die erste Vermutung eintreten würde, muss nicht unbedingt heißen, dass die zweite richtig ist. Nur Staatsverschuldungen, die über ihre Zentralbanken (also durch Geldschöpfung) finanziert werden, können zur Inflation führen und damit die Währung destabilisieren. Die EZB darf bekanntlich nicht Haushaltsschulden ihrer Staaten finanzieren und ihnen überhaupt keine Kredite gewähren. Daher kann keine währungsdestabilisierende Gefahr von dieser Seite kommen. Es ist theoretisch nicht nachvollziehbar, warum, was immer von Ökonomen und Politikern behauptet wird, gegenseitig vergebene Kredite unter der WU Staaten ihre Währung destabilisieren könnten.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Vorausgesetzt, mit Griechenland wird nicht ein negativer Präzedenzfall geschaffen wird. Der Beitritt in die Europäische Währungsunion impliziert, dass das Land die etablierten Regeln respektiert und nicht darauf spekuliert, dass diese ex post nach Bedarf angepasst werden. Wenn dies dem Land zu hart entscheidet, möge es Euroland verlassen. Dann wird er erleben, wie hoch die Anpassungskosten wirklich sind. Der Schutzschirm, den die gemeinsame Währung bietet - wie in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt -, wäre weg. Die wieder einheimische Währung würde dramatisch abwerten, die Inlandspreise würden steigen und das Realeinkommen der Bevölkerung würde sinken.



**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Griechenland ist zu klein

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das schlechte Beispiel Griechenlands droht Schule zu machen. Irgendwann sind die Zahlenländer überfordert, dann zerbricht die Währungsunion.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Griechenland ist vermutlich nur der Anfang. Die nächsten zur Rettung anstehenden Kandidaten sind bereits im Fokus und können auf die Rettungsaktion Griechenland verweisen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ebenso wie die No-bail-out-Regel Makulatur. Die EWU rutscht bereits heftig auf der schiefen Bahn.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Probleme Griechenlands haben interne Diskussionen in der Währungsunion ausgelöst. Wenn sich diese nicht völlig ergebnislos wieder im Sande verlaufen, sondern ein Prozedere für vergleichbare Notfälle vorgezeichnet wird, das nicht auf einen bedingungslosen Bail-out hinausläuft, kann die Krise dieses vergleichsweise kleinen Mitgliedsstaats sogar hilfreich gewesen sein.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die wirtschaftliche Bedeutung Griechenlands ist zu gering. Allerdings müssen politische Vorkehrungen getroffen werden, dass andere Staaten sich nicht ebenfalls auf Kosten der Nachbarn verschulden.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ja, weil dieses schlechte Beispiel bald Nachahmer finden wird.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Griechenland ist zu klein. Nur wenn die europäischen Steuerzahler aushelfen müssen, drohen Verwerfungen, weil andere krisenländer ein negatives Beispiel vorfinden, dem sie folgen wollen.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Der Euro wird weiterbestehen, er wird durch eine Fiskalunion mit regelmäßigen Finanzhilfen für Defizitländer ergänzt werden.

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Weil letztlich in Deutschland die Verfassungsfrage gestellt wird. Und das ist richtig!



**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Sowohl die Volkswirtschaft Griechenlands als auch ihre Finanzmärkte sind zu klein, um die Währungsunion als Ganzes zu gefährden.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Eine klare Antwort ist nicht möglich. Es gibt aber bedenkliche Signale aus der EZB. Die Minderung der Anforderungen an Papiere, die zu Refinanzierungszwecken eingereicht werden können, ist sehr problematisch.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Ja, ich sehe eine Gefahr für den Bestand der EWU, wenn sich die EWU hierdurch in Richtung einer Transferunion bewegen würde - dies wäre ein Sprengsatz für die rei ökonomisch gesehen vorteilhaft große Eurozone. Deshalb muss darauf gedrängt werden, dass die Ungleichgewichte in der Eurozone abgebaut werden und eine Europäische Wirtschaftsregierung im Sinne eines Fortschritts im Hinblick auf eine glaubwürdige Regelbindung bei den Staatsausgaben und damit eine glaubwürdige und nachhaltige Haushaltskonsolidierung interpretiert wird.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

... Griechenland allein ist für die ganze EWU nicht gefährlich genug und könnte andererseits im Erfolgsfall auch ein positives Beispiel für gelungene Sanierung abgeben

**Prof. Dr. Klaus Conrad** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Mikroökonomik, Universität Mannheim:

Wenn die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion Griechenland helfen, schaffen sie einen Präzedenzfall, so dass andere Länder mit hohem Schuldenstand ihre Sparmaßnahmen reduzieren werden, weil sie wissen, dass sie auch Finanzhilfe erhalten werden. Griechenland hat sich durch Buchungstricks in die Währungsgemeinschaft gemogelt. Es wäre besser, Griechenland wieder auszuschließen, als Verständnis für die Lage zu zeigen

## **FRAGE**

---

**Die US-Notenbank schließt angesichts des aktuellen Umfelds und des Inflationstrends eine Ausdehnung der Nullzinspolitik nicht aus. Sehen Sie vor diesem Hintergrund die Gefahr einer neuen Blase an den Kapitalmärkten?**

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

In jeder Krise liegt die Saat für eine neue Krise. Allerdings wird es nicht die sein, auf die man dann vorbereitet ist.

**Dr. Holger Schmieding** Chefvolkswirt, Bank of America:

Vorläufig nicht. Sollte die Nullzinspolitik bis weit ins Jahr 2011 bleiben, könnte sich dies allerdings ändern.



**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Investoren sind aktuell noch sehr vorsichtig. Der Lehman-Schock sitzt noch tief. Die Bewertung an den Aktienmärkten ist fair. Die Rentenmärkte sind da eher gefährdet. Einen deutlichen Kursrückgang sehe ich aber nur bei plötzlichen Enttäuschungen, wie bei Griechenland.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Die Blase ist schon da (Rohstoffe, Aktienmärkte).

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es kommt darauf an, wie lange! Im Moment ist das amerikanische Finanzsystem noch weit entfernt von einer Normalisierung.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Eher als eine erneute Blase führt die Niedrigzinspolitik zu einer Vertiefung der Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern im Finanzsystem. Nach wie vor gibt es Banken, die die Subventionierung durch extrem billiges Geld zur Rekapitalisierung dringend brauchen, während andere Institute damit klotzig verdienen. Die Instabilität entsteht also nicht durch eine Preisblase, sondern durch Umverteilung von Einkommen.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Zu viel Geld drängt in Aktien- und Rohstoffmärkte.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Gefahr der Blase ja, aber nicht durch die Nullzinspolitik.

**Prof. Dr. Siegfried Hauser** Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Banken werden zu den gleichen Spielchen wie vor der Krise gereizt.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es wurden weiterhin umfangreiche Neuverschuldungen - wie bisher - getätigt.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Es fehlt bisher ein konkreter Plan, wie die reichliche Liquidität wieder eingesammelt werden soll, bevor diese inflationstreibend werden kann.

**Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos** Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Die Blasen entstehen primär, weil konstituierende Prinzipien des marktwirtschaftlichen Systems, beispielsweise in diesem Zusammenhang das Haftungsprinzip, massiv verletzt werden. Leider



haben diesbezüglich die verantwortlichen Politiker aus der immer noch andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise nicht viel gelernt.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Fehler von Greenspan Anfang dieses Jahrzehnts werden wiederholt: Der reale Zins wird negativ, und dies ist immer, weil rational, eine Einladung an alle, sich übermäßig zu verschulden. Neue Blasen mit Finanzaktiva und auf den Immobilienmärkten sind programmiert. Wenn die Blasen platzen, wird wieder der Schuldige woanders gesucht!.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Im Augenblick sieht es noch nicht danach aus. Das könnte sich aber recht schnell ändern.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist zu wenig getan worden, um das Geld in die Realwirtschaft zu lenken.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Die Überschussliquidität sucht erneut wieder heftig nach Anlagemöglichkeiten.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Niedrige Zinsen bergen die Gefahr in sich, dass in wenig rentable Projekte investiert wird. In der aktuellen Phase kommt nur ein kleiner Teil des Zentralbankgeldes in Form von Krediten in der Wirtschaft an. Dafür werden in weitaus größerem Maß Staatsanleihen mit diesem Geld finanziert. Kurzfristig hilft die unterkapitalisierten Banken und Staaten. Längerfristig kann es zu einer Blase bei den Staatsanleihen kommen.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Siehe die Jahre 2002-2008

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Ohne Regulierung sind die Anreize überwältigend, in die alten Fehlverhalten zurückzufallen.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Niedrige Zinsen befeuern erfahrungsgemäß die spekulativen Anreize an den Kapitalmärkten. Insofern kann die Gefahr einer neuen Blase nicht ausgeschlossen werden.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Dadurch dass Anleger Kredite zu historisch niedrigen Zinsen aufnehmen können und diese Mittel in Anlagen mit einer höheren Verzinsung investieren können, wird Spekulant quasi die Tür geöffnet. So sind insbesondere Rohstoffpreise bereits wieder auf dem Weg zu ihren Höchstständen aus dem Jahre 2008. Problematisch ist vor allem die Tatsache, dass die Fed zwischen Inflationsgefahren und Arbeitsmarktentwicklungen abwägen muss. Solange sich keine deutliche



Erholung am US-Arbeitsmarkt abzeichnet wird die Politik des billigen Geldes wohl weiter betrieben werden. Und damit scheint auch auf kurze Sicht kein Ende für spekulative Anlagen erkennbar.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:  
...zumindest ist die Basis dafür gelegt, wenn die Notenbanken weltweit die überschüssige Liquidität nicht wieder einsammeln

### FRAGE

---

**Bundesgesundheitsminister Rösler will im Kampf gegen den drohenden Ärztemangel auf dem Land den Numerus Clausus für Mediziner abschaffen.**

**Halten Sie diesen Vorschlag für sinnvoll?**

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Es gibt genug Mediziner, aber eben nicht genug auf dem Land.

**Dr. Holger Schmieding** Chefvolkswirt, Bank of America:

Abiturnoten sind nicht das beste Auswahlverfahren für Medizinstudenten

**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der NC ist bekanntlich für die Eignung als Mediziner oder einen anderen Beruf nur bedingt aussagekräftig. Daher kann man ihn auch abschaffen und durch geeignetere Methoden ersetzen.

**Prof. Dr. Johannes Schneider** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Der NC ist eine unsinnige Regulierung.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Es gibt nicht genügend Studienplätze. Wie soll man sich das vorstellen. Angehende Mediziner üben an realen Patienten?

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ein Numerus Clausus ist niemals eine sinnvolle Regulierung knapper Güter wie z.B. Studienplätze.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Wir hatten ja schon eine gewisse Deregulierung im Handwerk mit der Abschaffung des Großen Befähigungsnachweises in verschiedenen Gewerken. Warum sollten nicht mal die Mediziner drankommen!!



**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Wir haben genug Ärzte. Es müssen nur die Rahmenbedingungen geändert werden. (Honorierung, Verzahnung von ambulantem und stationärem Sektor).

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Bereits heute werden nur circa 20% der Studienplätze nach Numerus Clausus vergeben.

**Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos** Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Auch hier verletzt man jahrelang das konstituierende Prinzip der "Offenheit der Märkte". Der drohende Ärztemangel ist die lehrbuchmäßige Folge der Oligopolisierung dieses Marktes.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Wie sollen die dann die entsprechenden Laborplätze etc. kriegen? Wir bräuchten weniger Abwanderung der Mediziner in andere Beschäftigung oder nach Norwegen/Schweiz!

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man braucht mehr Studienplätze und bessere Bedingungen für Ärzte und nicht einfacheren Zugang zum Studium.

**Dr. Ralph Wiechers** Chefvolkswirt - Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Mit einer Abschaffung des NC für Mediziner nach dem Motto "Viel hilft viel" saniere ich nicht das marode deutsche Gesundheitssystem.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es sollte materielle Anreize für Landärzte geben. Der Vorschlag von Rösler erscheint unpraktikabel und produziert Ärzte 2. Klasse.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Der NC nach den jetzigen Kriterien (Abiturnote, Wartezeiten etc.) ist ebenso wie das Medizinstudium nicht systematisch kausal verbunden mit den notwendigen professionellen Qualitäten eines Arztes.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Eine Abschaffung des Medizin-NC ist nicht geeignet, das Problem zunehmender Versorgungsengpässe im ländlichen Raum zu lösen. Dazu braucht es bessere Anreize für Ärzte, sich dort niederzulassen, und/oder andere Versorgungsstrukturen.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Numerus Clausus nach Abiturnoten ist Schwachsinn. Gehört auch in anderen Fächern abgeschafft.



**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es war noch sie so, dass die besten Schüler die besten Ärzte sind. Anstelle des NC sollte ein Eignungstest stehen

**Prof. Dr. Friedrich Breyer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Das Instrument ist viel zu schwerfällig. Will man mehr Ärzte auf dem Land, muss man dort die Honorare erhöhen. Das geht schon heute.

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die Idee ist gut - aber wie wollen Sie die Mediziner verpflichten - wer ist der Partner, der einem Selbständigen einen Biographie verpflichtend aufzwingt - oder man macht alle Landärzte zu Angestellten der AOK (was diese möglicherweise gerne hätte!).

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Wenn die Ausbildungskapazitäten nicht ausgelastet sind, ist die Erleichterung von Zugangsvoraussetzungen eine sinnvolle Maßnahme.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Der Numerus Clausus sollte generell abgeschafft werden. Studiengebühren sollten den Zugang in Universitäten und die Dauer eines Studiums steuern. All dies lässt sich mit Darlehen für bedürftige Studierwillige verbinden.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Nicht unbedingt mit Blick auf das Ziel "mehr Landärzte", aber generell schon; Alternative: Unis wählen ihre Studenten selbst aus.

**Prof. Dr. Klaus Conrad** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Mikroökonomik, Universität Mannheim:

Es gibt bekanntlich zu wenig Ärzte in den Kliniken. Viele wandern in die Industrie ab. Also ist ein NC nicht mehr nötig.

## **FRAGE**

---

**Sollten mit Blick auf die geburtenschwachen Jahrgänge und den absehbaren Mangel an Nachwuchskräften Zugangsbeschränkungen für Studiengänge künftig generell abgeschafft werden?**

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Die Schulausbildung der "breiten Masse" an Studierenden ist bereits jetzt nicht ausreichend und genügt nicht den Anforderungen vieler universitärer Studiengänge.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Man sollte Eliten fördern, es kann leider nicht jeder studieren.



**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Auch hier gilt: Ein gutes Studium gibt es nicht in überfüllten Universitäten.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Staatliche Lenkung hat sich oft nicht bewährt

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Diese Maßnahme wird durch den Bologna-Prozess begünstigt, der den Qualifizierten dann das Masterstudium erlaubt.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es sollten die zentralistischen Zugangsbeschränkungen abgeschafft werden und die Autonomie der Universitäten und Fakultäten gestärkt werden.

**Prof. Dr. Justus Haucap** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die alleinige Abschaffung der Zugangsbeschränkungen ist nicht sinnvoll, wenn nicht auch die Mittel bereitgestellt werden, um die zusätzlichen Studienplätze zu schaffen.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ohne mehr Personal nicht machbar!

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Quantitative Beschränkungen ja, aber die Qualitätsanforderungen müssen hoch bleiben.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Zugangsbeschränkungen machen dann Sinn, wenn sie auf gut begründeten Qualitätskriterien basieren.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das soll jede Uni machen, wie es ihr passt.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Zugangsbeschränkungen stellen kein grundsätzliches Problem dar. Sie sollten aber zur Auswahl der geeignetsten Kandidaten führen; der NC tut dies nicht.



**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Es muss aber eine adäquate Finanzierung der entsprechenden Studienplätze erfolgen, z.B. durch Studienbeiträge.

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die Frage ist falsch. Denn gerade bei Geburtenschwäche muss ich bestmöglichen ausbilden - also Klasse statt Masse.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die einzelnen Hochschulen sollten angesichts ihrer Kapazitäten eigene fachspezifische Zugangsvoraussetzungen formulieren.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, , Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Gehen mehr und mehr ins Leere.